

Dass Bildung immer mehr [zur Ware wird \[PDF\]](#), ist der interessierten Fachöffentlichkeit seit Langem bekannt. Aber auch Schüler, Studierende und Lehrpersonal spüren mehr und mehr den Ökonomisierungsdruck. Da gibt es immer mehr Wettbewerb, immer mehr Druck, immer knappere Ressourcen, immer mehr Konkurrenz; da wurden Studiengebühren eingeführt und da entwickelte die OECD bereits 1996 in einem Papier eine Strategie zur schrittweisen [Einführung flächendeckender Schulgelder im Land \[PDF\]](#). Um auf diese Problemlage hinzuweisen, veranstaltet ein zivilgesellschaftliches Bündnis nun Mitte September eine [Tagung \[PDF\]](#) in Berlin. **Jens Wernicke** sprach hierzu mit **Torsten Bultmann** [\[*\]](#), einem der Veranstalter.

Herr Bultmann, Sie sind einer der Referenten der in Kürze stattfindenden Tagung „Ware Bildung“ [\[PDF\]](#), die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dessen Geschäftsführer Sie auch sind, sowie der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ausgerichtet wird. Was meinen die Veranstalter, wenn sie von Bildung als Ware sprechen?

Nun, ich kann nicht für die anderen Mitveranstalter sprechen, sondern nur für meinen Verband, den BdWi. Und wir beschäftigen uns seit Jahren vor allem kritisch mit den desaströsen Folgen der brachialen Durchsetzung des neuen Leitbildes der [„unternehmerischen Hochschule“](#), welche seit etwa der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu beobachten ist und die viele negative Konsequenzen für Bildung und Wissenschaft zeitigt.

Gelingende Bildungsprozesse und wissenschaftliche Innovationen bedürfen eines freien Austausches von Gedanken sowie der gleichberechtigten Kooperation aller hieran Beteiligten. Es zählt nicht der Status einer Person, sondern nur das bessere Argument. In der „unternehmerischen Hochschule“ wird dieses Herangehen nun jedoch durch den Gedanken der - im Kern ökonomischen - Konkurrenz um finanzielle Ausstattungsvorsprünge zunehmend ersetzt. Das jedoch ist eine bildungsfremde und wissenschaftswidrige institutionelle Konstruktion...

Hat es derlei „gleichberechtigte Kooperation“ und den freien Austausch der Gedanken in der deutschen Bildungs- und Hochschullandschaft denn jemals gegeben?

Nein, in reiner Form gab es das nie. Auch in der Vergangenheit hat es an den Hochschulen Hierarchien und Machtverhältnisse gegeben, die nicht aus der Wissenschaft selbst heraus begründbar waren. Die 68er-Bewegung etwa rebellierte dagegen. Dabei konnte sie allerdings auf den Humboldt'schen Gedanken wissenschaftlicher Autonomie zurückgreifen und diesen als Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Macht- und Partikularinteressen interpretieren und teils sogar durchsetzen. Dieser Gedanke wurde damals im Sinne einer

kritischen Funktion von Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft radikalisiert und mit dem Konzept der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen verbunden - wenn auch im politischen Resultat niemals ganz realisiert.

Inwiefern?

Insofern, als das der „unternehmerischen Hochschule“ vorausgehende Leitbild der Gruppenschule zwar sehr wohl auch ein Machtmodell war, das eine Professorenmehrheit in grundlegenden akademischen Fragen sicherte. Allerdings sorgte allein deren Struktur jedoch auch dafür, dass die nicht-professoralen Gruppen - also etwa Studierende und der so genannter wissenschaftliche Mittelbau - in den Hochschulgremien immer wieder ihre Ansprüche auf Gleichberechtigung, Besserstellung und Hierarchieabbau anmelden konnten. Die „unternehmerische Hochschule“ birgt nun die Gefahr, dass sogar diese nicht besonders weit reichende Mitwirkung - und damit zugleich der offene Konflikt um die Demokratisierung der Selbstverwaltung - auch noch abgeschafft wird.

Auf welche Weise denn?

Indem etwa die - quasi halb-demokratischen - Gremien der akademischen Selbstverwaltung in letzter Konsequenz gar nichts mehr zu sagen haben könnten. An ihre Stelle tritt nämlich zunehmend eine autokratisch-zentralistische Leitungsstruktur nach dem Vorbild gewerblicher Unternehmen, die vor allem mit Marketing - hochschulpolitisch heißt das dann „Profilbildung“ -, Management und Geldbeschaffung beschäftigt ist.

Ihr Kongressvortrag trägt den Titel „Marktsimulation in der ‚unternehmerischen Hochschule‘ und die Folgen für Bildung und Forschung“. Worum geht es da genau?

Zunächst einmal um Verteilungspolitik. Das „unternehmerische“ Modell unterwirft die Handlungsabläufe einer Hochschule nämlich einem strikten Wettbewerbsregime. Dadurch wird Ungleichheit gestärkt. Ungleichheit vor allem in der finanziellen Ausstattung. Dadurch entsteht eine zunehmende Hierarchisierung zwischen den Hochschulen, aber auch innerhalb derselben. Und die im Wettbewerb unterlegenen Einrichtungen, Fachbereiche oder Studiengänge haben in der Konsequenz aufgrund ihrer defizitären Finanzausstattung dann nicht einmal mehr eine theoretische Chance, jemals zu den „Siegern“ aufzurücken. Sie bleiben abgehängt. Und zwar nicht etwa, wie man uns glauben machen will, weil die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dort schlechter wären, sondern schlicht weil ihre materiellen Leistungsbedingungen mehr nicht hergeben.

Der Begriff „Marktsimulation“ bedeutet dabei, dass mir folgender Gedanke von besonderem

Wert ist: Den „Wettbewerben“, von denen hier die Rede ist, liegen überhaupt keinerlei realen Märkte zugrunde. Vielmehr handelt es sich um staatlich simulierte Pseudo-Wettbewerbe, deren Etablierung das Ziel verfolgt, finanzielle Zuwächse – in einem seit mehr als zwei Jahrzehnten strukturell unterfinanzierten System – selektiv nur noch an wenigen Standorten zu konzentrieren. Diesen werden dann häufig die Prädikate „Exzellenz“ und „Elite“ verliehen. Nolens volens wird so auch die Geschäftsgrundlage gestärkt, dass die defizitäre Grundausstattung für die eigentlichen gesetzlichen Aufgaben der Hochschulen nicht erhöht zu werden braucht. Als Begründung lässt sich dann nämlich bequem anführen, dass die unterfinanzierten Bereiche ja weniger leisteten; schließlich seien sie in den einschlägigen Wettbewerben nicht erfolgreich gewesen.

In Summe also: Ein simulierter Markt, um die Akteure in einem massiv unterfinanzierten System zum einen gegeneinander auszuspielen und zum anderen mittels metaphorisch vorgehaltener Möhre und des Mantras „Wenn ihr Euch anstrengt, bekommt ihr auch was!“ von der eigentlichen Problematik, der systemischen nämlich, abzulenken... Verstehe ich recht?

Ja, so könnte man das sagen.

Lässt sich dieses „systemische Problem“ denn in etwa beziffern?

Ja! Doch zunächst einmal: In der berechtigten Klage darüber, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen seit mehr als zwei Jahrzehnten defizitär ist und deutlich erhöht werden muss, stimmen alle einschlägigen Wissenschaftsverbände überein. Egal, ob Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat oder Fakultätentage. Praktische politische Konsequenzen hat das jedoch nie gehabt – und kann es auch gar nicht, solange die gleichen Verbände nämlich zugleich sowohl das „unternehmerische“ Modell als auch die Wettbewerbsorientierung in der Finanzverteilung bejubeln.

Für die ungefähre Bezifferung, nach der Sie fragen, reicht dabei bereits ein Blick in das Forschungsförderranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft, um zu erahnen, was da im Argen liegt. Hier werden wir nämlich informiert, dass in den zurückliegenden zehn Jahren das Drittmittelaufkommen der Hochschulen um 100 Prozent gestiegen ist und mittlerweile mehr als ein Viertel ihrer Gesamtbudgets ausmacht. Das sind Mittel, die für *befristete* Forschungsprojekte wettbewerblich vergeben werden. Das macht allerdings nichts besser. Eher im Gegenteil, bedeutet es doch, dass Hochschulen immer weniger über feste, sichere und grundständige Finanzen jenseits von Markt, Befristung und Wettbewerb verfügen.

Und: Es bedeutet zudem eben nicht, dass – was notwendig wäre – alle mehr Geld bekämen! Denn 60 Prozent dieser Drittmittel konzentrieren sich an den 20 top-gerankten Universitäten, von denen es insgesamt über 100 gibt. Diese 20 wiederum teilen sich auch 80 Prozent der Zusatzfinanzen aus der Exzellenzinitiative – einem der weiteren staatlich konstruierten Wettbewerbe aus Steuergeldern – unter sich auf. Dass sich diese Verteilung nach dem Matthäus-Prinzip dabei gegen eine faire und unvoreingenommen Bewertung wissenschaftlicher Ideen und Vorhaben zu verselbständigen droht, dürfte offenkundig sein. Denn wer in diesem Wettbewerbsregime sehr viel Geld erwirtschaftet, gilt allein deswegen schon als „überlegen“ und „gut“.

Was hier einigen zugeschanzt wird und hiernach wiederum zur Begründung weiterer „leistungsorientierter“ Zuwendungen erhalten muss, ist – und damit bin ich bei der Antwort auf Ihre Frage – was eigentlich alle Hochschulen bräuchten, um wirklich gute Arbeit – und damit meine ich eben solche jenseits der aktuellen „Wettbewerbskriterien“ – leisten zu können.

Konkrete Daten und Analysen zum Thema sind einer entsprechenden [GEW-Studie \[PDF\]](#) von Henrik Piltz zu entnehmen. In Summe geht es da um einen „Investitionsstau“ im Bildungssystem im zweistelligen Milliardenbereich.

Mit Ihrem Titel sprechen Sie ja auch die Folgen auf Studium und Lehre an. Welche konkreten Veränderungen zeitigten und zeitigen die geschilderten Prozesse denn für Lehrende, Mitarbeiter und Studierende?

Also, da sich das „Plus“, das nur wenige erhalten, jedoch alle benötigen würden, vorrangig auf das Feld der so genannten Spitzenforschung konzentriert, sind die Konsequenzen für den hochschulischen Regelbetrieb leider eindeutig negativ.

Während nämlich die Drittmittel um 100 Prozent gestiegen sind, wuchsen die Grundaussstattungsmittel nominell im gleichen Zeitraum um nur 23 Prozent. Dieser geringfügige Zuwachs jedoch konnte mit der deutlichen Steigerung der Studierendenzahlen nicht annähernd mithalten, was sich allein an der ständigen Verschlechterung der Betreuungsverhältnisse – das meint: Studierende im Verhältnis zum wissenschaftlichen Personal – ablesen lässt. Die Folge hiervon ist eine zunehmende Verschlechterung der Studienbedingungen sowie der nicht-professoralen wissenschaftlichen Beschäftigungsverhältnisse bis über die Grenze der Prekarität hinaus. Zu deutsch: Von der „unternehmerischen Hochschule“ profitieren bestenfalls die Hochschulleitungen und einige Spitzenprofessuren. Die überwiegende Mehrheit der Hochschulmitglieder hat hingegen gute politische und vor allem sachliche Gründe, dieses Leitbild abzulehnen und so schnell

wie möglich zu überwinden.

Zu den Folgen: Werden Sie bitte konkreter - bezüglich der Lebensrealitäten der Hochschulmitglieder... Was verändert die „unternehmerische Hochschule“ ganz praktisch?

Nun, fangen wir mit der Bildung an: In den dominierenden Erfolgskriterien der „unternehmerischen Hochschule“, welche sich, wie schon gesagt, nahezu ausschließlich auf Forschung beziehen, ist die Qualität des wissenschaftliche Studiums völlig egal. Ebenso gleichgültig sind die materiellen Studienbedingungen. Es gibt keinerlei Handlungsanreize, hier wirklich etwas zu verbessern, obwohl dies überfällig wäre. Aus der Perspektive der Hochschulleitungen gibt es allerdings ein reales Interesse an einer Verkürzung und Verbilligung des Studiums. Weil sich auf diese Weise Finanzen erwirtschaften lassen, mit denen die Infrastruktur der für „forschungsstark“ gehaltenen Bereich verbessert werden kann, um wiederum deren Wettbewerbschancen zu erhöhen usw. usf.

Das ist dann aus meiner Sicht der eigentliche Grund dafür, dass der Bologna Prozess nie im Sinne einer wirklichen Studienreform funktioniert hat - und zwangsläufig immer wieder scheitern muss, selbst wenn die Politik die x-te Nachreparatur verkündet. Über die Qualität des Studiums wird kaum mehr nachgedacht, weil sich demgegenüber immer wieder das Motiv einer formalen Studienzeiterkürzung - aus den genannten Gründen - durchzusetzen vermag. Das hat dann wiederum die Überreglementierung und Prüfungsdichte des Studiums begünstigt.

Im Resultat: Studieren und arbeiten an deutschen Hochschulen erfolgen unter schlechteren Bedingungen als zuvor. Außerdem werden natürlich auch alle Hochschulmitglieder durch die Wettbewerbslogik mehr und mehr in Konkurrenz zueinander gezwungen. Und man muss kein Pädagoge sein, um zu ahnen, welche Auswirkungen schwindendes Vertrauen und geringer werdende Kooperationsbereitschaft auf Motivation, Interesse und nicht zuletzt Bildung ausüben.

Selbst wenn man solche Verhältnisse zu Recht kritisiert, könnte man ja aber doch immer noch - wenn auch etwas boshaft und zynisch - feststellen, dass unter diesen Bedingungen immerhin die Forschung gestärkt worden ist?

Auch daran gibt es erhebliche Zweifel. Tatsächlich gibt es sogar eher Anzeichen dafür, dass vor allem der wissenschaftliche Mainstream gestärkt wird. Wer sich nur ein wenig in der Wissenschaftsgeschichte auskennt, weiß aber, dass durchgreifende Innovationen, gar wissenschaftliche Revolutionen, vor allem abseits des Mainstreams gedeihen.

Das „unternehmerische“ Modell hingegen unterdrückt eher kreative Motive, innovative Ideen und riskante Theorien. Es reicht schon ein Blick in die Verteilung der Forschungsgelder, konkret: auf die Konzentration der Drittmittel, um zu sehen: Es sind eher die Akteure auf der sicheren Seite, die sich an dem orientieren, was in der jüngeren Vergangenheit bereits erfolgreich war.

Die besten Chancen haben folglich diejenigen, die mehr vom Gleichen - oder Ähnlichem - produzieren, statt die etablierten Abläufe infrage zu stellen oder gar zu irritieren und auf Neuland vorzustoßen.

Der Bamberger Wissenschaftssoziologen Richard Münch kommt zum Ergebnis, dass durch das Wettbewerbsregime sozusagen die Innovationsrate des öffentlichen Wissenschaftssystems unterhalb seiner Möglichkeiten geschwächt wird. Es ist derzeit sogar eine Diskussion darüber entbrannt, ob durch solche Verhältnisse eventuell der erhebliche wissenschaftliche Innovationsbedarf der Wirtschaft im High-Tech-Kapitalismus verfehlt werden wird. Diese Debatte ist noch nicht abgeschlossen. Vielleicht ist dies der Grund dafür, dass auch Teile der etablierten Politik - in Baden Württemberg und Nordrhein-Westfalen etwa - mittlerweile explizit das Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ infrage stellen - allerdings ohne bisher befriedigende Hochschulgesetze mit einem im klaren Bruch mit dem Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ vorzulegen. Nordrhein-Westfalen ist leider aufgrund des erbitterten Widerstandes der Hochschulleitungen und der Wirtschaft mit seiner Novelle auf halbem Wege stehen geblieben.

Ihr Fazit also?

Es hat keinen Sinn, auf politische Reformen „von oben“ oder auf eine Implosion der „unternehmerischen Hochschule“ zu warten. Man muss deren Ende durch politischen Druck befördern. Dazu wollen auch wir mit unserer Tagung einen Beitrag leisten.

Dann viel Erfolg dabei. Und: Ich bedanke mich für das Gespräch.

[<<*] Torsten Bultmann, Jahrgang 1954, studierte Geschichte, Germanistik und Pädagogik, Geschäftsführer des Bund demokratischer Wissenschaftler_innen (BdWi)



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](#).